Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolge nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 282 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 2. Dezember 1932

Rings um Deutschland.

Gewiß ist es tiefschmerzlich für uns, aber doch nicht so ganz ohne Reiz, wenn man als Deutscher die Ohren wegwendet von dem hysterischen Geschrei über die „deutsche Gefahr" und ein paar Blicke hinaus über die Grenze auf unsere lieben Nachbarn wirft, die so maßlos rüsten müssen, weil sie vom Deutschen ganz schauerlich bedroht werden. Um aber sogleich einmal von etwas anderem, heute schon ganz Vergessenem zu reden: Von einem Amerikaner, der zuwenig Prozente oder Provisionen abbekam, ist vieles über die zähe, keine heimlichen Propagandakosten scheuende Arbeit der Rüstungsindustrie gegen jede Einschränkung der militärischen Ausgaben für Heer, Marine, Luftflotte usw. enthüllt worden. Die „öffentliche Meinung" soll in diesem Sinne bearbeitet werden.

Man macht das so, wie es einst vor dem Kriege das zaristische Rußland in umfassendster Weise durchführte, wenn es in Frankreich zum Beispiel eine neue Anleihe auflegen wollte. Dann bezogen die großen Pariser Blätter ihre „kleinen Geschenke", die die Freundschaft erhalten sollten, und die nach dem Sturz des Zaren von der Sowjetregierung ganz genau veröffentlicht worden sind. Das rief in den Pariser Zeitungsredaktionen einige peinvolle, aber energisch totgeschwiegene Empfindungen hervor. So etwas lohnt sich auch heute; der Rüstungsindustrie geht es in diesem Jahre der Abrüstungskonferenz glänzend, und die größte Waffenfabrik der Welt, Schneider-Creuzot in Frankreich, hat jetzt eine ihren Aktionären wohltuende Dividende von 25 Prozent ausschütten können. Auch die großen französischen Automobilfabriken sind stark beschäftigt, zwar nicht so sehr deswegen, weil sie besonders viele Autos verkaufen, sondern weil die Tanks und die Motorisierung des Heeres gewaltige Anforderungen an die Produktion stellen. Übrigens mag es interessieren, daß unter dieser Motorisierung nicht etwa nur die Zug- und Aufklärungsmaschinen zu verstehen sind, sondern fast noch mehr die Transportmittel für die Infanterie, „zwecks rascher und geheimer Konzentrierung von Truppen und Material", wie der französische Luftfahrtminister ein wenig aus der Schule plauderte. Deswegen wurde das Straßennetz in Ostfrankreich noch mehr ausgebaut, als es früher schon war; denn „die geheime Konzentrierung könne den Gegner überraschen". In kleinem Maßstab, aber doch entscheidend, haben wir Deutschen dies in der Schlacht an der Marne 1914 erlebt.

Aber ehe das Rheinland endgültig von den Franzosen geräumt wurde, mußten wir uns verpflichten und es ausführen, daß in der Pfalz eine doppelgleisige Eisenbahn zu einer eingleisigen abgebaut wurde, weil sonst der militärische Aufmarsch Deutschlands zu schnell vor sich gegangen wäre! Und jede Bahnhofsrampe wurde geprüft, ob sie nicht etwa so lang war, daß man auf ihr einen Truppentransportzug hätte ausladen können. In diesem Falle mußte sie verkürzt, meist aber überhaupt beseitigt werden. Übrigens möchte man jetzt bei dem Kampf um die deutsche Gleichberechtigung etwas lauter auf die entmilitarisierte Rheinlandzone hinweisen; in dieser Bestimmung liegt ja das Verbot, jedes, auch das kleinste militärische Verteidigungsmittel für dieses Land bis auf 50 Kilometer rechts des Rheins zu schaffen. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der modernen Kriegsrüstung besonders in Frankreich ist eine solche „entmilitarisierte" Zone kein militärisches Hindernis, sondern nur die Schikane der „Sieger". Sie haben ja übrigens auch dafür gesorgt, daß unserer Ostgrenze die vorbereitenden Feld-Verteidigungsstellungen genommen wurden.

Gerade im „polnischen Korridor" aber wird in letzter Zeit mit besonderem Eifer an der Aufstellung und Organisierung einer „Großen Reservearmee Pommerellens" gearbeitet. All die zahllosen militärischen Verbände von den „Legionären" über den Verband der Eisenbahner „zur Vorbereitung für die Landesverteidigung", den Aufständischen und Gymnasiastenvereinen „Sokol" bis zu den Jungmänner- und Pfadfindervereinen und dem Feuerwehrverband haben sich zusammengeschlossen. Ihre Übungen machen sie nicht gerade mit Holzgewehren, Feuerwerkskörpern und Tankattrappen! Neben diesem als „ziviler Grenzschutz", der übrigens ganz offiziell als militärisch anerkannt ist, besteht in Polen die Föderation der Vaterländischen Verbände, nämlich 26 Militärbünde mit 400 000 Mitgliedern, die in jeder Wojewodschaft ein Infanterieregiment und eigene Kavallerie aufstellen; und dann „zwecks militärischer Vorbereitung", straff organisiert und ebenso modern bewaffnet wie die Armeen selbst, der Schützenverband mit 300 000 Mitgliedern. Ebenfalls staatlich anerkannt ist übrigens die Leibgarde Pilsudskis; selbstverständlich trägt dieser Wehrverband auch Uniform. Der Name sagt weniger als der eigentliche Zweck; denn dieser ist eine volle Ausbildung im Schießen, Felddienst, Meldewesen usw. Und wenn man über die Südostgrenze blickt, dann sieht man dort die tschechischen „Sokols" mit ihren rund 650 000 Mitgliedern, für deren Ausbildung das eben über Polen Gesagte gleichfalls gilt. Hier finden dann, um die Schlagkraft zu erhalten, unter Leitung aktiver Offiziere und Unteroffiziere des öfteren Übungen statt.

Wenn man sich also in Genf so eifrig an den deutschen „Wehrverbänden" rieb, dann könnten sich die Herren dort noch schneller beruhigen, wenn auch sie einmal darauf blicken würden, wie es in dieser Beziehung rings um Deutschland aussieht!

General Schleicher bildet das Kabinett

Die Behebung der Regierungskrise.

Die lange Dauer der Regierungskrise hat, wie aus der Umgebung des Reichspräsidenten verlautet, zu einem Telegramm- und Briefsturm aus dem Lande an den Reichspräsidenten geführt, in dem Hindenburg dringend gebeten wird, im Interesse der Wirtschaft endlich eine rasche Entscheidung zu treffen. Allgemein wird angenommen, daß die Entscheidung darüber, wer das neue Kabinett bilden soll, spätestens am Freitag fallen wird, ohne daß es vorher noch zu einer persönlichen Aussprache zwischen General Schleicher und Hitler gekommen wäre.

Die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten.

Bei der Fühlungnahme in den letzten Tagen zwischen Schleicher und der nationalsozialistischen Führung handelt es sich auch, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nicht mehr um die Frage einer Beteiligung der Nationalsozialisten an einem Kabinett Schleicher, sondern nur um die Klärung der Frage, wie sich die Nationalsozialisten gegenüber einer Regierung verhalten würden, an deren Spitze General Schleicher steht. Bei diesen Verhandlungen sollte festgestellt werden, ob die Nationalsozialisten etwa kommunistischen Mißtrauensanträgen gegenüber dem Kabinett Schleicher und Anträgen auf Aufhebung der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten zustimmen würden. Weiter hat bei diesen Verhandlungen die Frage eine Rolle gespielt, ob etwa die Nationalsozialisten Anträge stellen oder annehmen würden, die auf Absetzung des Reichspräsidenten und Aufhebung des Artikels 48 der Reichsverfassung mit Hilfe einer Zweidrittelmehrheit hinzielen.

Ein Brief Hitlers an Hindenburg.

Über das Ergebnis der internen Aussprache, die die nationalsozialistischen Führer in Weimar hatten, wird nach wie vor strengstes Stillschweigen bewahrt. Die Pressestelle der Nationalsozialisten erklärt, daß für Hitler nach wie vor keine Veranlassung vorliege, nach Berlin zu kommen, da ja Hitler bereits am 23. November dem Reichspräsidenten seinen Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise unterbreitet habe. Es verlautet indessen, daß Hitler nochmals aus Weimar einen Brief an Hindenburg gesandt hat. In diesem Brief soll Hitler erklären, daß er zu keinerlei anderen Verhandlungen bereit sei, als über seine Kanzlerschaft. Auch in diesem Brief wird nochmals bezug genommen auf die ausführlichen Darlegungen und Denkschriften der Nationalsozialisten anläßlich der Verhandlungen, die mit dem Reichskanzler in der letzten Woche geführt worden sind.

Schleicher beim Reichspräsidenten.

In den frühen Nachmittagsstunden des Donnerstags hatten Reichskanzler v. Papen und Reichswehrminister v. Schleicher eine längere Aussprache, die der Lösung der Krise galt. Für die Abendstunden war ein Empfang Schleichers beim Reichspräsidenten vorgesehen, in dem der Reichswehrminister nochmals Vortrag über seine politischen Gespräche und Bemühungen zur Behebung der Regierungskrise halten sollte.

Wer wird Reichswehrminister?

In politischen Kreisen wird allgemein damit gerechnet, daß Reichspräsident von Hindenburg nunmehr General von Schleicher zum Reichskanzler ernennen wird. Schwierigkeiten bei der Neubildung des Reichskabinetts macht noch die Frage der Ernennung eines neuen Reichswehrministers. Ursprünglich bestand die Absicht, im Falle der Ernennung von General Schleicher zum Reichskanzler diesem auch die Leitung des Reichswehrministeriums zu belassen. Gegen diese Regelung wurden aber bald Bedenken laut, die darauf hinwiesen, daß das politische Kanzleramt nicht mit dem Amte des ausgesprochen militärischen Reichswehrministers belastet werden dürfe. Auch in dieser Frage trifft natürlich Hindenburg die letzte Entscheidung, und es ist noch nicht zu erkennen, wie diese ausfallen wird.

Reichstag und Regierung.

Überhaupt glaubt man, daß, selbst wenn am Freitag bereits die Ernennung des neuen Kanzlers erfolgen sollte, die Kabinettsbildung selbst noch einige Tage in Anspruch nehmen dürfte. Es ist noch keineswegs sicher, daß die Neubildung der Reichsregierung bis zum Zusammentritt des Reichstages am 6. Dezember erfolgt sein wird. Der Reichstag würde sich also unter Umständen noch dem geschäftsführenden Kabinett von Papen bei seinem Zusammentritt gegenübersehen. In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß ein solches Vorgehen unter Umständen den Vorteil haben könnte, daß der künftige Kanzler aus dem Verhalten der Parteien im neuen Reichstag für das von ihm zu bildende Kabinett sowohl in personeller Hinsicht wie auch für das sachliche Programm gewisse Folgerungen ziehen könnte.

Die Haltung der Deutschnationalen.

Zur Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zu einem eventuellen Kabinett des Generals von Schleicher liegt eine parteiamtliche Erklärung bisher nicht vor. Es mag das damit zusammenhängen, daß nach Auffassung der maßgebenden Parteikreise Herr von Schleicher seine Absichten sowohl hinsichtlich der personellen Besetzung als auch des Programms seines eventuellen Kabinetts noch so wenig hat bekannt werden lassen, daß es unmöglich ist, festzustellen, ob sie mit der bekannten Auffassung der Deutschnationalen — Forderung eines krisenfesten Präsidialkabinetts mit fest umrissenem Wirtschaftsprogramm und Fortsetzung des Preußenkurses — in Übereinstimmung zu bringen sind.

Hindenburg trifft seine Entscheidung am Freitag.

Reichskanzler von Papen und Reichswehrminister von Schleicher begaben sich am Donnerstag um 18 Uhr zum Reichspräsidenten, um diesem einen Zwischenbericht über die Lage abzustatten.

Die Beratungen beim Reichspräsidenten von Hindenburg über die Neubildung des Kabinetts waren am Donnerstagabend um 19.30 Uhr beendet. Eine Entscheidung ist am Donnerstagabend nicht gefallen. Sie wird nunmehr für die späten Vormittagsstunden des Freitags erwartet.

Hitlers neues Schreiben.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, erklärt Adolf Hitler in seinem Brief an den Reichspräsidenten von Hindenburg, daß sich seiner Ansicht nach in der politischen Lage nichts geändert habe, so daß er seine Anwesenheit in Berlin im gegenwärtigen Augenblick für unnötig halte. Er halte ferner seine dem Reichspräsidenten von Hindenburg brieflich gemachten Vorschläge voll aufrecht.

Hitler hatte in den späten Abendstunden des Donnerstag Weimar verlassen und sich, wie vorgesehen, nach Altenburg begeben, wo er am Abend sprach. Hitler wird ferner noch in Greiz sprechen, um sich dann wieder nach Weimar zurückzubegeben.

Hindenburg empfängt Hugenberg.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, wird am Freitag mittag vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Vor der Entscheidung Hindenburgs.

Berlin, 2. Dezember. In den Besprechungen zur Regierungskrise und dem bevorstehenden Abschluß durch die Entscheidung Hindenburgs wird von den Berliner Blättern fast allgemein mit einer Wiederkehr des Reichskanzlers von Papen gerechnet. Die „Germania" schreibt: Es scheine kein Zweifel mehr daran zu bestehen, daß man noch am heutigen Freitag mit der Wiederbetrauung von Papens mit der Kanzlerschaft also mit einer Rückkehr des alten eben gestürzten Kabinetts mit den aus bekannten Gründen erforderlichen Personalveränderungen in einzelnen Ministerien rechnen müsse. Den äußeren Anlaß zu der Tatsache, daß die Schleicherlösung, gegen die so eifrig intrigiert worden sei, in letzter Stunde doch noch habe zu Fall gebracht werden können, habe man in dem Scheitern des gestrigen letzten Versuches zu sehen, die Nationalsozialisten für eine befristete Waffenruhe bis in den Januar hinein gewinnen zu können. Diese Feststellung allein reiche aber nicht im entferntesten dazu hin, die Entwickelung zu rechtfertigen, die die Krise allen Befürchtungen zum Trotz doch noch genommen habe. Ein Kabinett Schleicher hätte, erst einmal in Kurs gesetzt, zumindest eine Position in der Politik vorgefunden, die auf jeden Fall eine bessere Aussicht auf die Meisterung der politischen Probleme der nächsten Zukunft geboten hätte, als sie irgendeinem Kabinett zugebilligt werden könne, daß in der Person des Kanzlers und in seiner übrigen Struktur unmittelbar an die gescheiterte Tradition der letzten fünf Monate anknüpfe. Wenn die Entscheidung so falle, wie es leider unabänderlich scheint, dann könne man der weiteren politischen Entwickelung nur mit der größten Skepsis entgegensehen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF